

Beschlossene Programmanträge HV KV Dresden 15.04.2012 und 08.10.2011

Programmanträge

Die Piraten Dresden streben eine Vorreiterrolle der Stadt Dresden im Bereich des Mobile Crowdsourcing (mobile Schwarmintelligenz) an.

Begründung:

Crowdsourcing hat in den letzten Jahren immer mehr Bedeutung erlangt, sei es Wikipedia, Crowdfunding wie bei „Kickstarter“ oder „Start Next“ oder Design-Crowdsourcing Plattformen wie 12designer. Durch die immer größere Verbreitung von Smartphones ist in letzter Zeit ein starker Trend in das mobile Umfeld entstanden. Durch das ortsunabhängige Nutzen von Smartphonefunktionen wie Kompass, GPS und den anderen Sensoren können Handy-Nutzer von allen möglichen Orten aus Daten senden und an entsprechende Websites oder Dienste weiterleiten. Diese Daten kann die Stadt für sich nutzen, wie unten angeführte Beispiele zeigen, und spart sich gleichzeitig teure Infrastruktur um solche Daten selbst erheben zu können. (1)

Beispiele:

Die Stadt Zürich bietet ihren Bürgern eine Online-Plattform und eine iPhone-Applikation an, bei denen die Bürger die Möglichkeit haben, auf Mängel und Schäden in der städtischen Infrastruktur hinzuweisen. Sei es ein Loch im Straßenbelag, Vandalismus oder eine kaputte Straßenlampe bis hin zu defekten Billett-Automaten (ZVV). Die Vorschläge müssen einfach im Zusammenhang mit der städtischen Infrastruktur sein.

Die registrierten Bürger können dann Fotos vom Ort des Geschehens mit der Ortsangabe (GPS) per Smartphone (z. B. iPhone) auf der Internetseite eintragen / posten. Wer über kein Smartphone verfügt, hat dieselben Möglichkeiten direkt auf der Internetseite (Foto hochladen, Standort auf Google Maps eintragen).

Die Stadt Zürich moderiert die ganze Online-Plattform und leitet die Mängel oder Verbesserungsvorschläge an die zuständigen Ämter weiter. In Zeiten von Sparprogrammen der städtischen Verwaltung wegen Finanznöten könnte zusätzlich die Funktion "Private Sponsoren" eingeführt werden. Private Bürger können die Patenschaft eines Mangels übernehmen und die städtischen Ämter koordinieren die Umsetzung durch eine private Baufirma. Der Gönner wird dann namentlich genannt oder kann anonym bleiben. Die durch die Stadt umgesetzten Vorschläge der Bürger werden dann als "gelöst" markiert.

Nutzen Ihrer Idee:

Die Stadtverwaltung hat selber gar nicht die Möglichkeiten (Ressourcen) die ganze Infrastruktur immer und 24h zu überwachen und alle Mängel und Schäden zu entdecken. Darum können Bürger bei der Aufdeckung solcher Mängel helfen, indem sie über die iPhone-Applikation oder Online-Plattform neue Beiträge erfassen. Somit hat die Stadt Zürich die Chance die Qualität ihrer Infrastruktur auf einem hohen Niveau zu halten und die Bürger profitieren dann von der Instandsetzung der Mängel und eben auch von einer qualitativ-hohen Infrastruktur. Eine klassische Win-Win-Situation. (2)

Ein zweiter wichtiger Bereich stellt dabei auch das Thema Verkehr dar. Für San Francisco gibt es beispielsweise die App „Waze“ in der von allen App-Besitzern automatisch die Verkehrsdaten ausgewertet und mit den anderen Nutzern geteilt werden. Wer steht im Stau und wo und welche Umgehungsstrecke ist noch flüssig befahrbar. Dies ließe sich auch auf den ÖPNV ausweiten bezüglich Störungen und Verspätungen. Also genau die täglichen Stadtverkehrsprobleme. (3)

Ein weiteres Anwendungsfeld bietet sich im Bereich des Umweltschutzes. So kann man zum Beispiel bei whatsinourair.org Meldungen zur aktuellen Luftqualität (nach vorgegebenen Charakteristika) posten. (4)

Ebenfalls kulturelle Aspekte wie Street Art oder Public Art können so aufgenommen werden. Es müssen also nicht nur die negativen Aspekte geschwarrmt werden.

Faktor Geld:

Es gibt zur Zeit eine Vielzahl an Apps, die solcherlei Funktionen anbieten. Manche sind kostenfrei und manche nicht. Für die Akzeptanz des mobilen Schwarms wird es allerdings notwendig sein, dass die Stadt die technische Basis kostenfrei zur Verfügung stellt. Dafür gibt es bereits erste Anbieter, wenn auch unausgereift (http://www.ttn-hessen.de/fileadmin/pdf/Messen/CeBIT_2012/CeBIT_2012_wer_denkt_was.pdf).

Wichtig dürfte auch die zentrale Verknüpfung der Daten und eine entsprechende Handlungsreserve sein. Die IT-Infrastruktur wird also Geld kosten. Das sollte uns bewusst sein.

Beschlossene Programmanträge HV KV Dresden 15.04.2012 und 08.10.2011

Fazit:

Mobile Crowdsourcing bietet dem Bürger die Möglichkeit seine Stadtverwaltung aktiv zu unterstützen und gleichzeitig kann der Bürger Probleme in seinem Umfeld damit aktiv angehen, stellt also eine weitere Form der Partizipation im Gemeinwesen dar. Was langfristig auch eine engere Bindung zum öffentlichen Raum nach sich ziehen dürfte. Die Stadt wird dann nicht mehr nur als Lebensraum sondern auch als persönliches Eigentum eines Jeden begriffen, was sie letztendlich ja auch ist.

Es ist nicht einzusehen, dass sich unter den Pilotstädten des Mobile Crowdsourcing kaum deutsche Städte befinden (ich habe keine gefunden). Dresden als international bekannte Stadt kann hierfür eine Leuchtturmfunktion übernehmen. Die teilweise marode Infrastruktur hätte es allemal nötig.

Quellen:

1: <http://t3n.de/magazin/mobile-crowdsourcing-schwarmintelligenz-handynutzer-229492/1/>

2: <http://www.ezuerich.ch/ezh/de/index/ideas-competition/ideen-nach-kategorien/cat-16/node539.html>

3: http://news.cnet.com/8301-13772_3-10305132-52.html#ixzz1XBTofhW2

4: <http://codeforamerica.org/2011/07/30/mobile-crowdsourcing/>

Quellen Stand: 31.03.2011, 00:56 Uhr

Freifunk und Breitbandnetze

Antrag: Die Piraten setzen sich für die öffentliche Förderung von Freifunknetzen in Dresden ein. Dies kann durch die Unterstützung der Softwareentwicklung geschehen, durch Bereitstellung von öffentlichen Gebäuden und Objekten wie Straßenlaternen zur Platzierung von Freifunkroutern aber auch durch Nutzung von Freifunkroutern, dort wo die Stadt bisher konventionelle WLAN-Netze einsetzt. Besonders der Ortsamtsbereich Neustadt ist mit seiner engmaschigen Bebauung prädestiniert die „Freifunkrepublik Neustadt“ zu werden.

Wir fordern darüber hinaus die Schließung der letzten Versorgungslücken im Dresdner Breitbandnetz, damit kein Einwohner der Stadt von der Netzinfrastruktur abgekoppelt bleibt.

Begründung: Freifunk und Breitbandnetze sind essentiell für die Grundversorgung mit Information und Wissen, die Bausteine der zukünftigen Gesellschaft. In Dresden ist die Freifunk-Bewegung bislang leider relativ schwach ausgeprägt, obwohl sich die Neustadt dafür perfekt anbietet. Die Piraten können hier mit ihrem Namen und ihrem Know-How vieles in Bewegung bringen.

Bürgerpartizipation

Antrag: Die Piratenpartei Dresden fordert mehr Möglichkeiten der Mitbestimmung und Teilhabe an den politischen Prozessen für die Einwohner der Landeshauptstadt. Das städtische Pilotprojekt „Dresdner Debatte“ ist ein erster Schritt hin zur weiteren Einbindung der Dresdner Bürgerschaft. Es sollen in Zukunft deutlich mehr solcher öffentlicher Plattformen angeboten werden.

Darüber hinaus soll die Stadt Dresden ein Bürgerhaushaltsverfahren initiieren, bei welchem ein Teil des öffentlichen Haushalts unter direkter Beteiligung der Bürger aufgestellt wird.

Begründung: Mitbestimmung und Teilhabe aller Bürger am politischen Prozess muss das Ziel der Stadt Dresden sein. Bei der „Dresdner Debatte“ konnten sich die Einwohner Dresdens bereits in Sachen Stadtentwicklung und Raumplanung miteinbringen. Auch in anderen Ressorts können solche öffentlichen Plattformen die Arbeit der Stadtverwaltung entlasten und die Mitverantwortung der Dresdner Bürgerschaft stärken.

Besonders der Haushalt als zentrales kommunales Gestaltungs- und Steuerungsinstrument muss sich der effektiven bürgerschaftlichen Mitgestaltung öffnen. Verschiedene Städte wie Köln, Frankfurt oder Potsdam versuchen, neue Wege zu gehen und die Bürger von vornherein an den Haushaltsplanungen zu beteiligen.

Beschlossene Programmanträge HV KV Dresden 15.04.2012 und 08.10.2011

Dezentrales Asyl

Antrag: Die Piratenpartei Dresden fordert die Abschaffung der Asylbewerberheime und strebt die dezentrale Unterbringung aller Flüchtlinge und geduldeten Migranten an. Anstelle von gemeinschaftlichen Heimen soll die Unterbringung in einer eigenen Wohnung der zukünftige Unterkunftsstandard sein.

Begründung: Die Asylbewerberheime in Dresden sind nicht nur in einem schlechten Zustand, sondern verhindern auch die Integration ihrer Bewohner. Die konzentrierte Unterbringung von Flüchtlingen und geduldeten Migration sorgt für deren lokale Isolation und erschwert häufig den notwendigen Kontakt zur einheimischen Bevölkerung, dies trägt zu ihrer Stigmatisierung bei. Zudem ist den Dresdnern der Einblick in das Alltagsleben der dort lebenden Menschen weitestgehend verwehrt und eine differenziertere Bewertung gegenüber ausländischen Mitbürgern erschwert.

Eine dezentrale Unterbringung verbessert in den allermeisten Fällen die Lebenssituation der Betroffenen nachhaltig und hilft, die Integrationsfähigkeit dieser Menschen zu erhalten bzw. erst deren Erwerb. Angesichts der langen Dauer mancher Asylverfahren muss hier ein Hauptaugenmerk der Integrationspolitik liegen, denn diese Integrationsfähigkeit ist entscheidend sowohl bei einer möglichen Rückkehr in das Herkunftsland als auch bei einer positiven Aufenthaltsbescheinigung für die Bundesrepublik.

http://www.gegen-ausgrenzung.de/bilder/antrag_dezentral_endgueltig.pdf

Fahrscheinloser ÖPNV

Antrag: Die Dresdner Piraten setzen sich für die Einführung eines fahrscheinlosen Öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV) ein. Wir sehen einen gut ausgebauten ÖPNV als festen Bestandteil der Daseinsvorsorge an, der garantiert, dass auch einkommensschwache Menschen, Alte und Kranke die Möglichkeit zu mehr gesellschaftlicher Teilhabe erhalten.

Mittelfristig wird die erhöhte Nutzung zu erhöhter Taktung und zu einem Ausbau des öffentlichen Bahnstreckennetzes führen, was im Sinne der Verkehrsminderung angestrebt wird. Der Wegfall eines Fahrscheinsystems sowie der Kontrollen macht die Nutzung des ÖPNV noch attraktiver.

Zur Finanzierung soll eine gemeinschaftliche Lösung gefunden werden, beispielsweise durch eine zweckgebundene Abgabe, die auch Ausnahmen z.B. für Minderjährige oder Transferleistungsempfänger zulässt.

Begründung: Ein fahrscheinloser ÖPNV macht Kontrollen überflüssig, spart Personal- und Technikkosten, minimiert Verwaltungsaufwand und stärkt die Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs. Zudem wirkt er sich verkehrsmindernd und touristensteigernd aus.

Vor kurzem hat die estnische Hauptstadt Tallinn den fahrscheinlosen ÖPNV eingeführt: <http://www.heise.de/tp/artikel/36/36671/1.html>

Echte Barrierefreiheit

Antrag: Die Piraten Dresden fordern die Stadt auf, all ihre Gegenstände, Medien und Einrichtungen im Sinne echter Barrierefreiheit umzugestalten. Dies umfasst nicht nur Gehbehinderung, sondern ebenso Gehörlosigkeit, Blindheit und jede andere Form der körperlichen Behinderung. Ohne z.B. Gebärdensprachedolmetscher und Brailleschrift wird ein Teil der Bevölkerung widerrechtlich ausgegrenzt.

Begründung: Barrierefreiheit hat weit mehr Facetten als nur Rampen für Rollstuhlfahrer anzubauen.

<http://de.wikipedia.org/wiki/Barrierefreiheit> Barrierefreiheit bedeutet, dass Gegenstände, Medien und Einrichtungen so gestaltet werden, dass sie von jedem Menschen unabhängig von einer eventuell vorhandenen Behinderung uneingeschränkt benutzt werden können.

Beschlossene Programmanträge HV KV Dresden 15.04.2012 und 08.10.2011

OpenDresden – die gläserne Verwaltung

Antrag: Die Dresdner Piraten fordern eine konsequente Transparenzkultur für die gesamte Landeshauptstadt. Die Live-Übertragung von Stadtrats- und Ausschusssitzungen und deren Abrufbarkeit mittels einer Online-Mediathek soll nur der Anfang sein. Wir streben ein papierloses Rathaus und die Umstellung aller digitalisierten Daten auf offene Formate an. Ganz in diesem Sinne setzen wir uns für die vollständige Umrüstung von proprietärer Software hin zu freier und Open-Source-Software (FLOSS) ein.

Die Umsetzung von OpenData und OpenAccess muss durch die Stadt zügig vorangetrieben werden – diese soll sämtliche mit Steuergeldern finanzierte Daten maschinenlesbar über das Internet anbieten. Ausgenommen sind Daten, welche die Persönlichkeitsrechte Einzelner betreffen. Ebenso müssen Forschungsergebnisse, die vollständig oder teilweise durch Steuergelder finanziert wurden, nach einem festgelegten Zeitraum frei verfügbar gemacht werden.

Hierfür soll ein öffentliches Anrecht zur Einsicht in Dokumente und Akten der Stadtverwaltung in Form einer umfassenden Transparenzsetzung verankert werden. Gemäß dem Prinzip der Informationsfreiheit sollen Ämter, Behörden und städtische Tochtergesellschaften dazu verpflichtet werden, interne Vorgänge für die Bürger in entsprechendem Qualitätsstandard zugänglich zu gestalten.

Eine gläserne Verwaltung nach diesen Prinzipien ermöglicht nicht nur effektivere Kontrolle und eine Optimierung von staatlichen Prozessen, sondern ist Bedingung für mündige Bürger und eine offene Stadt.

Begründung: Transparenz staatlichen Handelns, freier Zugang zu Daten, offene Strukturen und Formate sind die Kernthemen der Piratenpartei, diese müssen ebenfalls auf kommunaler Ebene durchgesetzt werden. Die Landeshauptstadt Dresden kann sich bei der Umsetzung an Vorbildern wie API Leipzig oder OpenKöln orientieren.

Positionspapiere

Alkoholkonsumverbot ist auch keine Lösung

Die Piraten Dresden sprechen sich gegen pauschale Verbote von Alkoholkonsum auf offener Straße, an bestimmten Orten, aus. Das Fehlverhalten Einzelner kann nicht als Begründung dienen die Handlungsfreiheit aller einzuschränken.

Zukunftsorientierte Verkehrs-, und Verkehrswegeentwicklungspolitik für Dresden

Die Piratenpartei Dresden setzt sich in Zeiten immer teurer und knapper werdender Energien, sinkender Einnahmen der öffentlichen Hand und permanenter Grenzwertüberschreitung bei den Feinstaubwerten, für eine zukunftsorientierte Politik in den Bereichen Straßenbau, Verkehrsplanung,-lenkung sowie ÖPNV für Dresden ein.

Dies umfasst neben einer kontinuierlichen Stärkung des Umweltverbunds (öffentlichen Personennahverkehrs/ÖPNV, Rad- und Fußverkehr) auch den konsequenten Einsatz von modernen/vernetzten und innovativen Verkehrsformen- und -lenkungsmechanismen wie z.B. eMobilität, Carsharing, P+R/M, Fahrradstationen, Shared Space sowie vernetzten Verkehrsregelsystemen mit ÖPNV-Priorisierung. Für Anwohner und Gewerbetreibende sind (Kurzzeit-)Parkmöglichkeiten vorzusehen. Diese Maßnahmen führen langfristig betrachtet zu einer höheren Verkehrsentlastung im Sinne einer „Stadt der kurzen Wege“ als eine maximale Verbreiterung von Straßen.

Zudem sind Erneuerung, Sanierung und Neubau von Verkehrswegen so zu planen, dass diese weitestgehend im Bestand erfolgen und so das Flair der Stadt und ihrer Stadtteile erhalten bleibt. Der Erhalt und die Vergrößerung des Grünflächenanteils und der Baumbestände sind dabei den ökonomischen Interessen über zuordnen. Dadurch werden Luft- und Lebensqualität verbessert und das optische Erscheinungsbild von Dresden positiv beeinflusst. Als zukünftige Pilotprojekte sind konkret die Königsbrücker Straße, die Bautzner Straße sowie der Boulevard Kesselsdorfer Straße zu nennen.

Beschlossene Programmanträge HV KV Dresden 15.04.2012 und 08.10.2011

Liquid Mobility

Antrag: Die Dresdner Piraten fordern ein umfassendes Verkehrs- und Mobilitätskonzept für Dresden, das besonders neue Technologien und neue verkehrswissenschaftliche Erkenntnisse in seine Planungen integriert. Unter „Liquid Mobility“ verstehen wir die Minderung des motorisierten Individualverkehrs sowie die digitale Vernetzung der gesamten Verkehrsinfrastruktur.

Hierzu sollen nicht nur Ampelanlagen und digitale Verkehrsschilder, sondern ebenfalls Parkuhren intelligent miteinander vernetzt werden. Solche dynamischen Parkplätze ermöglichen die Steuerung des Parkaufkommens durch die Preisbildung mittels Angebot und Nachfrage und setzen Anreize, ganz auf das Auto zu verzichten. Ebenso fordern wir einen weitläufigen Ausbau des Radwegenetzes und die Förderung von Car-Sharing-Angeboten.

Im Sinne der Planungsphilosophie des „Shared Space“ wollen wir der Verkehrs-Überregulierung entgegenwirken und sturer Gebotbeachtung die dauerhafte Änderung von Fahrerverhalten entgegensetzen. Durch den „gemeinsam geteilten Raum“ werden Verkehrssituation- und Fluss lebenswerter, sicherer und dynamischer. Die Verwendung neuer Baumaterialien, der Abbau von Schildern und Reglementierung und die vollständige Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer sollen kein Dogma darstellen, sondern dort angewandt werden, wo es sinnvoll und möglich erscheint. Die Einrichtung von Kreisverkehrsplätzen und grünen Pfeilen soll zudem weitervorangetrieben werden.

Ein solch flexibilisierter Individualverkehr schließt ebenfalls Park-and-Ride-Systeme, Fahrradleihstationen und Trampstellen nach Vorbild der holländischen Liffershalte mit ein.

Begründung: Kein Themenkomplex der Kommunalpolitik ist unmittelbar spürbarer als die Verkehrspolitik. Die Umgestaltung von Straßen und Plätzen, die alltägliche Nutzung der Verkehrswege machen dieses Politikressort enorm bedeutsam. Es ist daher unerlässlich für die Piratenpartei, eigene Akzente und piratige Gedanken in ihr Verkehrskonzept zu integrieren.

Besonders die innovative Idee des Shared Space ist mit ihrer Betonung individueller Verantwortung und Abbau von Überwachung und Reglementierung eine wegweisende Konzeption für die Verkehrsplanung der Zukunft. Zudem besitzen wir hier in Dresden eine renommierte Verkehrswissenschaftliche Fakultät, mit derer Unterstützung wir innovative Lösungen für die Königsbrücker oder Kesselsdorfer Straße finden können.

http://de.wikipedia.org/wiki/Shared_Space

<http://blog.zeit.de/open-data/2011/08/15/san-francisco-sfpark-daten-parkplaetze/>

<http://de.wikipedia.org/wiki/Kreisverkehr>

http://de.wikipedia.org/wiki/Gr%C3%BCner_Pfeil

<http://de.wikipedia.org/wiki/Car-Sharing>

<http://de.wikipedia.org/wiki/Liffershalte>

Dezentrale Patientenversorgung

Die Piraten Dresden fordern den Ausbau der Behandlung von Senioren und Patienten mit eingeschränkter Mobilität direkt in ihrer vertrauter Umgebung.

Hierzu ist ein Pilotprojekt auf den Weg zu bringen, in dem Ärzte und qualifiziertes Pflegepersonal (ähnlich den bereits existierenden Pflegediensten) mit entsprechend ausgestatteten Fahrzeugen (mobile Geräte, Apotheke) regulär Hausbesuche durchführen.

Strukturell und bezüglich der Abrechnung mit den Krankenkassen sind die mobilen Gesundheitsteams vorerst den Krankenhäusern zuzuordnen.

Nach positiver Evaluierung des Pilotprojekts sind entsprechende gesetzliche Regelungen zu schaffen um auch unabhängige mobile Gesundheitsteams zu ermöglichen.

Begründung:

Viele derzeit stationär behandelte Patienten könnten die gleiche Behandlung auch in ihrer vertrauten Umgebung, also in ihrer Wohnung oder im Heim, erhalten. Bei einer zeitweiligen Unterbringung im Krankenhaus entstehen nicht nur unnötig hohe Kosten sondern die Patienten leiden oft unter den veränderten Umgebungsbedingungen und entwickeln zeitweilig Symptome psychischer Störungen. Dadurch wird die Behandlung der Primärkrankheit komplexer und nicht zuletzt auch kostenintensiver.

Beschlossene Programmanträge HV KV Dresden 15.04.2012 und 08.10.2011

Infolge des Wegfalls des Umgebungswechsels könnten die Patienten ohne Verlust an Behandlungsqualität schneller und kosteneffizienter behandelt werden. Gleichzeitig verringern sich für die Patienten Wartezeiten und das Risiko sich im Warteraum zu infizieren.

Vernetzung von Senioren fördern

Die Piraten Dresden fordern ein Pilotprojekt zur verstärkten Vernetzung älterer Menschen. Es sollen Möglichkeiten geschaffen werden, dass je nach Mobilität der Senioren, diese sich selbstständig in wohnortnahen Seniorenzentren treffen können und dort Gelegenheit erhalten, miteinander zu reden und Mahlzeiten einzunehmen. Für Senioren mit eingeschränkter Mobilität sollen Hausbesuche stattfinden.

Begründung:

Effizienzstreben und zunehmende Mobilität unserer Gesellschaft erschweren es Senioren ihre sozialen Kontakte aufrecht zu erhalten. Viele ältere oder aus anderen Gründen in ihrem Bewegungsspielraum eingeschränkte Menschen leiden unter Einsamkeit und entwickeln dadurch psychische Störungen, die oft auch mit wirklichen oder empfundenen körperlichen Leiden einhergehen.

Senioren bei der Aufrechterhaltung sozialer Beziehungen zu unterstützen entspricht einerseits humanistischen Prinzipien, hilft aber andererseits auch deren Gesundheit und Leistungsfähigkeit besser zu erhalten. Dadurch können die im Gesundheitssystem vorhandenen finanzielle Mittel effizienter verwendet werden.

Dieses Konzept zeigte bereits in anderen Bundesländern (Berlin) Erfolge.

Gesunde und regionale Ernährung für Dresden

Die Piraten Dresden fordern, die Küchen und Kantinen aller städtischen Einrichtungen - wie Schulen, Verwaltung, Krankenhäuser, etc. - auf die Verwendung frischer saisonaler Zutaten aus der Region zu verpflichten und diese, wenn möglich, vor Ort zuzubereiten. Nach Möglichkeit sind zudem Bioprodukte einzusetzen. Der Einsatz von Lebensmittelzusatzstoffen wie beispielsweise Geschmacksverstärkern ist in öffentlichen Küchen zu minimieren.

Begründung:

Eine gesunde Ernährung der Bevölkerung stärkt das Wohlbefinden und die Identifizierung der Bürger mit ihrem Lebensumfeld. Sie reduziert Ausfallzeiten und senkt Kosten für die Behandlung der Folgen falscher Ernährung. Damit stellt sie einen Wert dar. Mit der Erhöhung des Aufwandes für die Speisenzubereitung wird gleichzeitig mehr lokale Wertschöpfung betrieben, die sich in der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze widerspiegelt.

Bei Verwendung qualitativ hochwertiger Zutaten und schonender Zubereitung der Speisen bringt der Einsatz von Geschmacksverstärkern keine Vorteile.

Runder Tisch städtische Krankenhäuser

Die Dresdner Piraten fordern die Einrichtung eines „Runden Tisches“ zur Zukunft der städtischen Krankenhäuser. An dem runden Tisch sollen neben Vertretern des Stadtrates und der Leitung der Krankenhäuser auch die Betriebsräte, Vertreter der Krankenkassen sowie jeweils mehrere Vertreter der Patienteninteressen und der Mitarbeiter der KH beteiligt sein. Ziel des runden Tisches ist die Erarbeitung von Vorschlägen zur Sanierung der Städtischen Krankenhäuser und die Kontrolle deren Umsetzung.

Begründung:

Die für die Kontrolle und Führung der städtischen Krankenhäuser verantwortlichen Strukturen und Mandatsträger im Dresdner Stadtrat waren über Jahre nicht in der Lage, die mit der Einführung der Fallkostenpauschalen notwendigen Veränderungen in den Städtischen Krankenhäusern in die Wege zu leiten. An dieser Situation hat sich auch nach dem Bürgerentscheid nichts geändert. Mit der Verbreiterung der personellen Basis für die Ausarbeitung von Lösungskonzepten zur Überwindung der schwierigen wirtschaftlichen Situation der Krankenhäuser, sowie mehr Transparenz soll die Sanierung der Krankenhäuser beschleunigt werden.

Beschlossene Programmanträge HV KV Dresden 15.04.2012 und 08.10.2011

Transparenz der Geschäftszahlen kommunaler Eigenbetriebe

Die Dresdner Piraten fordern die Stadt Dresden auf, für alle Eigenbetriebe der Stadt einen Jahresabschluss nach §242 und §264 HGB zu erstellen und diesen auf der Internetseite der Stadt zu veröffentlichen.

Begründung:

Da die Eigenbetriebe mit öffentlichen Mitteln arbeiten und die Ergebnisse ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten direkten Einfluss auf die Finanzlage der Kommune haben hat der Bürger ein berechtigtes Interesse über die Aktivitäten der Eigenbetriebe informiert zu werden. Die derzeit im Amtsblatt veröffentlichten Daten sind hierzu nicht ausreichend.

Leitlinien für die Dresdner Krankenhäuser

Antrag: Die Piratenpartei Dresden fordert die Stadt auf, neue Wege für die kommunalen Krankenhäuser zu beschreiten. Eine Organisationsreform hin zu mehr Effizienz und Transparenz schließt einen Zuwachs an Mitbestimmung für die Belegschaft nicht aus. Im Gegenteil ist die Ermächtigung der Angestellten und Bürger, durch genossenschaftliche oder andere vergesellschaftete Ansätze, der Schlüssel für ein nachhaltiges Umdenken in der Krankenhauspolitik. Wir stellen daher gleichsam den intransparenten Eigenbetrieb wie die profitorientierte GmbH in Frage und streben ein innovatives Strukturkonzept für die Dresdner Krankenhäuser an.

Begründung: Nach dem Bürgerentscheid im Januar 2012 bleiben die beiden städtischen Krankenhäuser Neustadt und Friedrichstadt vorerst defizitäre Eigenbetriebe, eine Umwandlung in eine gemeinnützige GmbH wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Reform hin zu einer gGmbH wäre für die Belegschaft in höchstem Maß unsozial verlaufen, das Einsparpotential hätte man wohl schnell bei den Personalkosten vorgefunden.

Die Piratenpartei wendet sich gegen ein solch binäres Denken, das soziale Interesse gegen wirtschaftliche ausspielt. Es gibt heute weit mehr Möglichkeiten der Organisationsform. Von Genossenschaften über eingetragene Krankenhaus-Vereine bis hin zu Stiftungen des öffentlichen oder privaten Rechts. Wenn solche neuartigen Lösungsansätze gegen bestehende Gemeindeordnungen verstoßen, müssen diese folgerichtig abgeändert werden.

Moos gegen Feinstaub

Antrag: Die Piratenpartei Dresden fordert die Stadt auf, ihre Bemühungen zur Reduktion von Feinstaub zu intensivieren. Hierbei kann sie auf wissenschaftliche Untersuchungen zurückgreifen, wonach die Begrünung des öffentlichen Raums mit Moos einen signifikanten Effekt aufweist.

Wir fordern hierzu ein städtisches Pilotprojekt. Die Chancen der vertikalen Bemoosung großer Fassadenflächen kann nicht nur die Feinstaubbelastung explizit senken, sondern bietet durch die Lebendigkeit der Fassaden neue Möglichkeiten städtebaulicher Gestaltung.

Begründung: Fraunhofer UMSICHT untersucht das Potenzial von Moosen zur Absorption von Feinstaub. Ein Ziel ist es, Feinstaub in Ballungszentren durch vertikale Bemoosung von Fassaden zu reduzieren. <http://www.umsicht.fraunhofer.de/de/geschaeftsfelder/werkstoffe-interaktion/projekte/moos-feinstaub.html>

Vor allem Städte haben immer wieder Schwierigkeiten, die von der Europäischen Union festgelegten Maximalbelastungen von Feinstaub nicht zu überschreiten. Da die Feinstaubimmissionen bis 2010 weiter gesenkt werden müssten, könnten die Moose als natürliche Luftputztücher wahre Wunder wirken: „Die Matten könnte man auch im Innenstadtbereich anbringen: an Straßenrändern, Lärmschutzwänden, Dächern und anderen ungenutzten urbanen Oberflächen“, sagt Frahm. http://www.focus.de/wissen/wissenschaft/natur/moos_aid_68770.html

Datenschutz

Die Dresdner PIRATEN kritisieren die Weitergabe von Meldedaten an z.B. die Werbewirtschaft und Parteien. Daher fordern wir eine Umkehr vom opt-out zu einem opt-in Modell. Zukünftig soll eine Weitergabe von Meldedaten nur nach aktiver Zustimmung stattfinden. Ausgenommen ist die anonymisierte Weitergabe zu Forschungszwecken. Des weiteren soll das Auskunftsrecht barriereärmer und bürgerfreundlicher gestaltet und umgesetzt werden.